

Runder Tisch „Integration als kommunale Aufgabe“

am 30.06.2017 in Groß-Umstadt

Protokoll

Am Freitagabend, den 30.06.2017, fand im kleinen Saal der Stadthalle ein Runder Tisch zum Thema „Integration als kommunale Aufgabe“ statt, zu dem Mandats- und Funktionsträger sowie ehrenamtliche HelferInnen eingeladen waren. Ca. 55 Personen waren dabei, u.a. VertreterInnen aller Fraktionen, der Bürgermeister, der Stadtverordnetenvorsteher, Ortsbeiräte und viele Projektverantwortliche und langjährig Aktive. Nach der Phase der konkreten „ersten Hilfe“ steht inzwischen längst die Frage auf der Agenda, wie die Geflüchteten tatsächlich in den Alltag eingebunden werden können, es geht um Beschäftigung, Wohnen, Bildung, soziale Gemeinschaft und vieles mehr – Aufgaben, die auf ganz unterschiedlichen Ebenen zu bewältigen sind und ein abgestimmtes gesellschaftliches und politisches Verfahren erfordern.

In 2,5 Stunden moderierter Diskussion ging es zunächst darum, sich auszutauschen und die unterschiedlichen Wahrnehmungsperspektiven von Ehrenamtlichen und Politik zusammenzutragen. Die anschließende Besprechung in Arbeitsgruppen hat eine intensive und zielführende Erörterung ermöglicht. Aus beiden Runden ergaben sich zahlreiche Fragen und Wünsche, wie der Integrationsprozess insbesondere für die Geflüchteten aber auch die Ehrenamtlichen – die inzwischen an ihre Grenzen geraten - besser gestaltet werden kann. Das Protokoll folgt dem skizzierten Ablauf, entsprechend der **Tagesordnung**:

18:15 Uhr – Begrüßung

18:20 Uhr – Einführung

18:30 Uhr – Input 1 & 2

18:45 Uhr – 1. Diskussionsrunde im Plenum

PAUSE

19:30 Uhr – 2. Diskussionsrunde in Arbeitsgruppen

20:15 Uhr – Schlussrunde

Dabei sind die ersten drei Punkte im Fließtext und persönlich gehalten. Die Diskussionsrunden werden zusammenfassend und teils stichwortartig dargestellt – die Runde in Arbeitsgruppen in tabellarischer Form (Ergänzung d. Fotos der Pinnwände). Zum Ende stehen stichwortartig die Schlussworte der Mandatsträger/-innen und ein kleiner Ausblick von organisatorischer Seite.

Begrüßung

Bürgermeister Joachim Ruppert begrüßt die Teilnehmer und gibt einen Ausblick auf die aktuelle Situation. Die Arbeit mit Geflüchteten befindet sich in einer neuen Phase. Am Anfang stand die Erstversorgung mit dem Notwendigsten. Heute geht es um die Vermittlung von Motivation und Integration der Menschen.

Einführung

Reiner Michaelis gibt eine kurze Einleitung in die Thematik und betont, dass wir Integrationskonzepte mit Wirkung benötigen, die in der Lage sind, Vorurteile und Ressentiments abzubauen. Das Ehrenamt als eine zentrale Rolle in der Arbeit mit Flüchtlingen muss in diesem Zusammenhang gestärkt und ermutigt werden. Derzeit sind ungefähr 140 ehrenamtliche Helfer in der Flüchtlingsarbeit tätig. Die Arbeit in diesem Bereich bedürfe dringend der grundsätzlichen Unterstützung durch die Politik. In dieser Sitzung des Runden Tisches gehe es um das einander Zuhören, voneinander Lernen und um das Formulieren von Lösungsvorschlägen.

Input 1

Claudia Harms, Ortsvorsteherin von Raibach, gibt einen kurzen Einblick in die Situation im Ort und ihre Aktivitäten im Bereich von Integration mit den in Raibach untergebrachten Familien. Anfangs gab es eine große Motivation der ansässigen Bürger, den Flüchtlingen in den verschiedensten Belangen zu helfen und zu unterstützen. Doch im Laufe der letzten Jahre kostete es immer mehr Kraft, so dass heute nur noch ein kleiner Kreis tätig ist. Sie spricht u.a. von ungeahndeten Regelverstößen Einheimischer, was es schwer mache, Geflüchteten Regeln zu vermitteln. Es gab die unterschiedlichsten Herausforderungen, die Bürokratie wird als größte Hürde in diesem Bereich wahrgenommen. Diese Schwierigkeit werde jedoch von niemandem wahrgenommen.

Input 2

Karl-Heinz Prochaska, Ortsvorsteher von Wiebelsbach, beschreibt ebenfalls den ewigen Kampf mit den Formularen und die Hindernisse, welche die Bürokratie mit sich bringt. Gerade wenn die Anerkennung kommt, wird es für den Flüchtling schwierig, da Zahlungen eingestellt werden und über einen bestimmten Zeitpunkt kein Geld mehr zur Verfügung steht. Das bedeutet beispielsweise, dass Kinder von bestimmten Aktivitäten ausgeschlossen sind (mini-umstadt). Er sieht die Verantwortung bei den Politikern, die Anträge ins Parlament bringen sollten. Von der Stadt wünscht er sich eine Vorbildfunktion im Bereich der Beschäftigung und schlägt vor, Minijobs innerhalb der Stadt an Geflüchtete zu vergeben. Arbeit gilt als einer der wichtigsten Integrationsfaktoren. Zudem wünscht er sich eine Stelle, die bei operativen Fragen hilft.

Diskussionsrunde 1 (Plenum)

Nach diesen Erfahrungsberichten der Ortsvorsteher kommt die erste Runde, bestehend aus Mandatsträgern und Projektverantwortlichen, ins Gespräch. Die Themen waren:

1. **Arbeit:** Keine Arbeit zu haben führt zu Konflikten, berufliche Integration ist eine Herausforderung und ein ganz bedeutsamer Weg für Spracherwerb und soziale Integration. Der Wille zur Teilhabe ist groß, die tatsächlichen Möglichkeiten erscheinen sehr begrenzt. Betriebe und Ortsgewerbeverein müssen angesprochen werden.
2. **Wohnen:** Kleine Wohnungen sind wichtig, denn Gemeinschaftsunterkünfte führen zu Konflikten. Bezahlbarer und sozialer Wohnraum wird benötigt.
3. **Bürokratie:** Klarer Wunsch nach Bürokratieabbau, Überforderung selbst bei Ehrenamtlichen und Helfern, keine Kapazität bei Sachbearbeitern.
4. **Integration:** Wille zur Teilhabe ist vorhanden, die Möglichkeiten aber eingeschränkt (v.a. Wohnen und Arbeit). Menschen ruhig halten ist keine Integration;
 - **Begegnung** – mehr Angebote schaffen, Ideen zur Gestaltung von Festen; Ort(e) für ein Stück Heimat bieten (Treff Global); Sommercafé Raibach(?); Frauen (v.a. Afghanistan) müssen mehr in die Gesellschaft einbezogen werden.
5. **Engagement:** Seit Jahren kaum Veränderung, mehr Ehrenamtliche mobilisieren – wie kann ehrenamtliches Engagement eingebracht werden („kleinteilige“ Möglichkeiten des Engagements schaffen). Auch Flüchtlinge zu ehrenamtlicher Arbeit motivieren. Es gibt auch viele positive Erfolge, aber die Belastungsgrenze der Ehrenamtlichen ist erreicht.
6. **Wünsche:** Alle politischen Ebenen (Bund, Land, Kreis) sollten aktiv(iert) werden, Eingaben formulieren und an die kommunalen Spitzenverbände herantreten. Die Belastungsgrenze der Ehrenamtlichen ist erreicht, bessere Abläufe und einfachere Verfahren (Politik und Verwaltung) sind dringend gefordert.

Es erscheint wichtig als Erfolgsfaktor der Integration, Geflüchteten ein „Stück Heimat“ zu bieten.

Allgemein: Umgang mit Regelverstößen, Problemen in Gemeinschaftsunterkünften, Familienkonflikten, Gewalt/Suizidverdacht

Aus den Projekten:

- **Fahrradkeller** - neuer Raum (Anzeige in der Zeitung), Verkehrsschulungen
- **Kleinbus** - kann intensiver eingesetzt werden, Fahrer gesucht (eventuell Qualifikation von Flüchtling)
- **Alltagsbegleitung / Paten** weiterhin gesucht
- **Geldspenden** (Bürgerstiftung) wird weiter benötigt, auch um Aktivitäten langfristig zu stützen
- **Kleiderkammer** – Ist diese Form des Engagements evtl. kontraproduktiv?
- **Kinderbetreuung** am Nachmittag – sucht Finanzmittel und Engagierte
- **Flüchtlingscafé** mehr Beteiligung der Bevölkerung

Diskussionsrunde 2 (Arbeitsgruppen)

AG 1 „Beschäftigung“

Worüber reden wir (Gegenstand)		Was wird gebraucht?	Wer ist beteiligt?	Wie schaffen wir das?
<ul style="list-style-type: none"> • Geld verdienen bedeutet u.a. Selbstwertgefühl • Aus Groß-Umstadt herauskommen • Nützlich sein • Arbeit gibt Anerkennung • Bestimmte Art der Integration • 2 Klassen von Flüchtlingen 	<ul style="list-style-type: none"> • Praktikum • Ausbildung • MiniJob • EQ-Maßnahme • Ehrenamt • BuFDi • FSJ 	<ul style="list-style-type: none"> • Sprache • Wie bekomme ich Menschen in die richtige Maßnahme? • Vermittlung • Unterstützung bei Bewerbungen • Potenziale erheben (Profiling) • Guter Umgang mit Bürokratie 	<ul style="list-style-type: none"> • Agentur für Arbeit • JobCenter • Landkreis, Sprachkurse für alle 	<ul style="list-style-type: none"> • Hilfestellung bei Bürokratie • Arbeitgeber ansprechen • Benefit für Vereine, für Engagement z.B. MiniJob (Politik) • Runder Tisch für Arbeitgeber • „Es gehört zum guten Ton“, Flüchtlingen Arbeit zu geben (Politik, OGV, Verwaltung) • Exkursionen in Firmen
1 Person für die Akquise bei Arbeitgebern			Politik = Türöffner	
Ansprechpartner kennen				

AG 2 „Wohnen“

Worüber reden wir (Gegenstand)	Wer ist beteiligt?	Was wird gebraucht?	Wie schaffen wir das?
WLAN in Groß-Umstadt	Landkreis als Betreiber	Ansprechpartner vor Ort (kompetente Hausmeister)	Kurzfristig: Peter Löwenstein
Verfügbarer Wohnraum	Kommune		Folgen: Frustration, Ausnutzung
Bezahlbarer Wohnraum	Flüchtlinge	Erhebung von Leerstand in Groß-Umstadt	
Übereinstimmungen ?		Paten	
Betreuung in Wohnräumen		Professionell!!	
Geplanter Flüchtlingswohnraum			

AG 3 „Bildung“

Worüber reden wir (Gegenstand)	Was wird gebraucht?	Wer ist beteiligt?	Wie schaffen wir das?
<ul style="list-style-type: none"> • Alphabetisierung • Frauen und Männer • Kinder und Jugend • Deutschunterricht • Regelbeschulung • Hausaufgabenbetreuung, Lernhilfe • Soziale Kompetenzen 	<ul style="list-style-type: none"> • Kulturkenntnisse erwerben • Religiöses Wissen als Schlüssel zur Kultur • Demokratieverständnis und religiöser Hintergrund • Sport, Spiel, Kommunikation kanalisieren • Integrationsunterricht • Niedrigschwelliger Sprachunterricht 	<ul style="list-style-type: none"> • Ehrenamtliche & Hauptamtliche in ihrer Berufskompetenz als Ehrenamtliche • OberstufenschülerInnen 	<ul style="list-style-type: none"> • Gelder aus Integrationstopf • Geld für Arbeitende • ÖA • Kirchliche Arbeit • Vereinsarbeit • Spenden • Dekanatsstruktur nutzen (Crowdfunding/ Fundraising) • Deutschlehrer muttersprachlich
	<ul style="list-style-type: none"> • Öffentliche Gelder, Helfer, Betreuer für Nachmittagsbetreuung „Villa International“ 	<ul style="list-style-type: none"> • Konkreter Träger • Sozialpädagogen, Erzieherinnen, FSJ, Praktikanten 	<ul style="list-style-type: none"> • Spenden • Sachmittel • Räume • Weitere Helfende • Kleingruppen • Betreuungsschlüssel 1:4

AG 4 „Soziale Gemeinschaft“

Worüber reden wir (Gegenstand)	Was wird gebraucht?	Wer ist beteiligt?	Wie schaffen wir das?
... braucht sozialpolitische Grundlagen (Wohnen, Arbeit, Bildung) ...			
<ul style="list-style-type: none"> • Begegnung <ul style="list-style-type: none"> - Über Kinder - Vor Ort 	<ul style="list-style-type: none"> • Beteiligung „Einheimische“ • Kontakte • Positive Wahrnehmung • Zeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Geflüchtete & Bevölkerung 	<ul style="list-style-type: none"> • „Auf sie zugehen“, mitnehmen • Angebot von Geflüchteten • Persönlicher Kontakt (in Groß-Umstadt schwierig)
<ul style="list-style-type: none"> • Was ist Integration? Wie leben wir zusammen? 	Reflexionen zu grundlegenden Fragestellungen		
<ul style="list-style-type: none"> • Privater Raum 	Gemeinsame Aktionen & Arbeit		Beteiligung im Ehrenamt (z.B. Müllsammeln) Sportvereine, Klärung Recht und Versicherung (UmEA)
<ul style="list-style-type: none"> • Emotion & Atmosphäre 	Gesellschaftliche Wille zur Integration (alle Seiten)		
<ul style="list-style-type: none"> • Unsicherheit & Rückzug 	Abbau Vorurteile „Flüchtling“		

AG 5 „Weiteres“

Worüber reden wir (Gegenstand)	Was wird gebraucht?	Wer ist beteiligt?	Wie schaffen wir das?
Wer kontrolliert die Flüchtlinge? (Standortwechsel, Urlaub, Finanzen, ...)			
Integrationsbemühungen früher bewerten			
Intensivere Integrationsförderung			
Unterstützung der Ehrenamtlichen	Geld für Ausweise	Bürgerstiftung	
Familienzusammenführung	Bürokratische Entlastung	Flüchtlingsberatung	
Umgang mit Traumatisierten	Beratung und Sprechzeit vor Ort!	DW Darmstadt	
Dolmetscher		DRK Darmstadt	
Aufwandsentschädigung für Ehrenamtliche	Wie bei Vereinen		
Zentrale Anlaufstelle	Für alle Fragen		

Schlussrunde:

Mandatsträger/-innen

- Alle Beteiligten begrüßten die Verständigung über die Thematik, gewannen zahlreiche Einblicke und sind an einer Fortsetzung und nachhaltigen Diskussionen interessiert.

- Heiko Handschuh (CDU): War ein neues Thema für ihn, allerdings wurde an diesem Abend nur zu viel *über* und zu wenig *mit* Flüchtlingen gesprochen;
- Siegfried Hartleif (GRÜNE): Die Umsetzung muss konkreter werden, brauchen konkrete Maßnahmen;
- Helga Weber (BVG): Engagement von Seiten der Politik ist möglich;
- Matthias Kreh (Stadtverordnetenvorsteher, SPD): Sehr interessant, Dinge müssen angesprochen werden und über Abgeordnete nach oben getragen werden;
- Alwin Kreher (FDP): Packen wir es an!
- Erna Macht (SPD): Viele Baustellen, Themen müssen nach oben getragen werden;
- Karl Dörr (SPD): Die Themen müssen lauter werden, mehr in die Öffentlichkeit;
- Bürgermeister (SPD): Spitzenverbände thematisieren einige Inhalte bereits, einzelne Punkte (z.B. bürokratische Hürden) sollten an entsprechende Stelle getragen werden;
- Karl-Heinz Prochaska (BVG): Für Ehrenamtliche dringend Entlastung schaffen, mit Unternehmen sprechen, effektiv handeln;

Ausblick

Die angesprochenen Themen werden in unterschiedlicher Form weiter bearbeitet werden und aufgegriffen, um Konzepte der Sozial- und Integrationspolitik weiter zu entwickeln:

- Fortsetzung **Runder Tisch** "Integration als kommunale Aufgabe" im Herbst 2017
 - Übergreifende sozial-politische Themenfelder und öffentliche Anliegen
- Erweiterte **Steuerungsgruppe** „Netzwerk Engagement“ ca. alle 2-3 Monate
 - Austausch zu Themenfeldern (Arbeit, Wohnen, Bildung, soziale Gemeinschaft...) mit Delegierten aus Politik, Engagement und Institutionen/Organisationen
- **Projektgruppen-Treffen** nach Bedarf und Vereinbarung im Büro (JUZ) oder vor Ort
 - Besprechung detaillierte Anliegen in den Projekten und Bedarfe

In Anlehnung an Ideen aus benachbarten Kommunen und Anregung für einen gemeinsamen Nenner, wurden zum Ende mögliche Grundsätze der lokalen Sozialpolitik in Groß-Umstadt in Bezug auf Integrationsprozesse präsentiert:

Groß-Umstadt setzt sich dafür ein, dass...

1. ...jedes Individuum sein Recht auf gesellschaftliche Teilhabe wahrnehmen kann.
2. ...Integrationsmaßnahmen- und Angebote für alle Teilbereiche (Bildung, Arbeit, Freizeit, ...Gesundheit, Wohnen, etc.) ausgebaut und inklusiv gestaltet werden.
3. ...Toleranz, Solidarität, Weltoffenheit und Grundgedanken der Demokratie in der gesamten Stadtgesellschaft gefördert werden.
4. ...ehrenamtliche Helferinnen und Helfer Unterstützung und Begleitung erfahren.
5. ...Behörden und Institutionen sich interkulturell öffnen.
6. ...Kinder besonders gefördert werden. (*Ergänzung aus dem Publikum*)

Aktuelles Netzwerk

s. Foto der Pinnwand „Engagement Netzwerk Flucht & Asyl“